

# Offene Worte

Online Nr. 39

Zeitung der LINKEN für den Barnim 5. August 2020, 30. Jahrg.

## „Das ist doch ein schlechter Witz!“

Brandenburg: SPD/CDU/Grüne-Koalition verschiebt Erhöhung des Vergabemindestlohnes.  
Sebastian Walter: LINKE wird Gesetzentwurf vorlegen.

Der Brandenburger Vergabemindestlohn sollte zum 1. Januar 2021 auf 13 Euro erhöht werden, das will der Landtag und die Mindestlohnkommission so. Um das zeitlich umzusetzen, muss spätestens im September der Landtag darüber beraten. Nun hat die Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen die Vorlage des Gesetzentwurfes erneut verschoben, er soll erst Ende des Jahres kommen. Es besteht die Gefahr, dass der Vergabemindestlohn erst zum Januar 2022 erhöht werden wird.

Damit werden schon wieder Brandenburger\*innen von der Kenia-Koalition enttäuscht und verärgert. Dabei geht es nicht um Peanuts, sondern um eine notwendige Lohnerhöhung für tausende Brandenburger\*innen. Gerade jetzt ist diese Erhöhung dringend notwendig, denn das Geld fehlt mehr denn je in vielen Haushalten mit geringem Einkommen. Eine Verschiebung mit den Belastungen im Ministerium zu rechtfertigen, ist ein



Öffentliche Aufträge sollen Lohndumping verhindern. Foto: pixabay.

schlechter Witz. Viele Menschen müssen trotz Corona mit Mehrbelastungen klar kommen und können sich auch nicht raus reden.

Erst ab 13 Euro in der Stunde kann erreicht werden, dass Vollzeitarbeit unabhängig von staatlichen Leistungen die Existenz eines Alleinstehenden sichert, dass

nicht ergänzend Hartz IV beantragt werden muss und Beschäftigte im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind. DIE LINKE wird deshalb einen eigenen Gesetzentwurf für die Erhöhung des Vergabemindestlohns vorlegen und fordert SPD, CDU und Grüne dazu auf, zu ihrem Wort zu stehen.

Der Vergabemindestlohn beträgt zurzeit 10,68 Euro. Brandenburg hat ihn 2012 als erstes Bundesland eingeführt, der damalige Wirtschaftsminister der LINKEN, Ralf Christoffers, hatte sich dafür stark gemacht. Er gilt für öffentliche Aufträge zum Beispiel von Reinigungsfirmen. Sie müssen sich verpflichten, diesen in Brandenburg geltenden Lohn mindestens zu zahlen. Damit soll erreicht werden, dass Aufträge von Land und Kommunen kein Lohndumping unterstützen. Ausgenommen von diesem Mindestlohn sind die Bereiche der Baubranche, in denen ohnehin gesetzlich höhere Mindestlöhne vorgeschrieben sind.



Sebastian Walter  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE  
im Landtag  
Brandenburg  
Foto: T.Rathey

## Werneuchener Eltern müssen doch zahlen

LINKE schlug vollständige Entlastung von Kita- und Hortbeiträgen während der Notfallbetreuung vor, das lehnten die Stadtverordneten ab

Die aktuell vorliegende Richtlinie des Landes Brandenburg sieht vor, Eltern von der Zahlung des Elternbeitrages zu befreien, die von März bis Mai während des Lockdowns keine Notbetreuung in Anspruch genommen haben. Das ist richtig, denn sie haben ihre Kinder zu Hause betreut und keine Leistung erhalten. Jedoch sieht DIE LINKE in Werneuchen dies so, dass auch die Eltern berücksichtigt werden sollten, die die Notbetreuung arbeitsbedingt in Anspruch nehmen mussten. Eine finanzielle Entlastung dieser Eltern für die Dauer der Notbetreuung ist ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für ihren Einsatz. Desweiteren sind die Eltern mit der Notbetreuung sehr verantwortungsbewusst umgegangen. So waren Kinder teilweise nur einzelne Tage in den Einrichtungen. Damit

wurde die Aufenthaltsdauer der Kinder so kurz wie möglich gehalten. Das Land Brandenburg erstattet die entgangenen Elternbeiträge aus den Betreuungsverträgen, die aufgrund der Einschränkungen nicht in Anspruch genommen werden konnten. Für die Rückzahlung der Beiträge der Eltern, die nach Rechtslage beitragspflichtig wären, müsste die Stadt aufkommen.

Um eine solche Regelung zu beschließen, stellte DIE LINKE auf der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juli den Antrag, dass auf die Erhebung der Elternbeiträge und des Essensgeldes für alle Kitas und den Hort in freier und in Trägerschaft der Stadt Werneu-

chen für die Monate April und Mai bis zur Aufnahme des uneingeschränkten Regelbetriebes verzichtet wird; und zwar ausdrücklich auch dann, wenn eine Notfallbetreuung in den Einrichtungen genutzt werden musste. Die Mehrheit der Stadtverordneten hat dies jedoch anders gesehen und diesen Antrag abgelehnt.



Alexander Horn,  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE  
Werneuchen

Foto: v. Dühren

### In der Corona-Krise: Zeit für ein Grundeinkommen?

Online-Diskussion mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der LINKEN und weiteren Gästen.

Am Freitag, den **7. August 2020 um 18 Uhr.**

Mehr Infos und Informationen zur Abforderung der Zugangsdaten auf:

[https://www.linke-sh.de/termine/?event\\_id1=24611](https://www.linke-sh.de/termine/?event_id1=24611).

Oder direkt:



**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 9. August